

**+++ Hier geht's lang: Leitlinien zur Integrationspolitik +++**



Valentina Tuchel

Warum braucht die SPD-Fraktion integrationspolitische Leitlinien. Sich mit dem Thema zu beschäftigen, sollte schließlich selbstverständlich sein und alle Politikbereiche betreffen. Schließlich ist Integration eines dieser Themen, die man gemeinhin in die Schublade „Querschnittsaufgabe“ schiebt. Alles richtig – aber ein Problem von Querschnittsaufgaben ist eben, dass man gelegentlich das Ziel aus den Augen verliert. Und genau darum geht es den jetzt verabredeten Leitlinien: Sie sollen Orientierung in der Zusammenarbeit geben und Schwerpunkte setzen. Und zwar, indem sich die SPD-Fraktion unter anderem für eine Erleichterung ausländischer Abschlüsse sowie Sprachförderung in Kita, Schule und Beruf stark macht. Außerdem soll mit individuellen Förderangeboten in den Schulen, die hohe Zahl derjenigen gesenkt werden, die am Ende keinen Abschluss machen.

Weitere konkrete Ziele auf der integrationspolitischen Agenda: Unter dem Motto „Wer bei uns lebt, gehört zu uns!“ macht sich die SPD-Fraktion weiterhin gegen Kettenduldungen und die Optionspflicht bei der doppelten Staatsangehörigkeit stark. Zudem soll das Wahlrecht erweitert werden, so dass alle in Bremen lebenden Menschen auf kommunaler Ebene und alle EU-Bürger auch für den Landtag ihre Stimme abgeben können. „Letztlich geht es darum, Migranten einzubinden – und zwar überall“, sagt die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Valentina Tuchel. Dazu gehöre auch, die Betroffenen zu mehr Engagement aufzufordern – in den Stadtteilgruppen, in Vereinen und Verbänden, in den Elternvertretungen der Schulen und auch im Beruf. Dabei soll auch die Verwaltung mit gutem Beispiel vorangehen: „Seien es Lehrer, Polizisten, Erzieher oder Sozialarbeiter – wir machen uns in allen Bereichen dafür stark, den Anteil von Beschäftigten und Auszubildenden mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst zu erhöhen“, so Tuchel.

Die Leitlinien zur Integrationspolitik finden sich auf der Seite [www.spdfraktion-bremen.de](http://www.spdfraktion-bremen.de)

**+++ Mehr Kinder mit Migrationshintergrund in die Kitas +++**



Klaus Möhle

Die Bremer Zahlen aus dem vergangenen Jahr sorgen für ein eindeutiges Bild: Der Anteil der unter dreijährigen Kinder aus Familien mit ausländischen Wurzeln war in den Kindertagesstätten im vergangenen Jahr mit 8,7 Prozent, gerade einmal halb so hoch wie die Quote der Kinder ohne Migrationshintergrund (17,4 Prozent). Aber auch bei den Drei- bis Sechsjährigen wird deutlich: Kinder mit ausländischen Wurzeln besuchen weitaus seltener eine Kita. Eine Tendenz, die der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion aufbrechen will: „Gerade in den Kitas werden durch Sprachförderung und

durch die Zusammenarbeit mit den Eltern Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration geschaffen“, betont Klaus Möhle. Daher bleibe es ein wichtiges Ziel, die Betreuungsangebote auf Familien mit Migrationshintergrund auszuweiten. Ein Ziel, das allerdings durch das geplante Betreuungsgeld unterlaufen wird: „Die Bundesregierung setzt damit den völlig falschen Anreiz, Kinder eben nicht in die Kitas zu schicken“, betont Möhle. Um die Situation in Bremen zu verändern und dem negativen Effekten der „Herdprämie“ entgegenzuwirken, soll der Senat nun ein Konzept entwickeln, um Eltern mit Migrationshintergrund zu motivieren, ihre Kinder in die Kitas zu schicken.

+++Abschiebehaft: nur noch als allerletztes Mittel ++++



Sükrü Senkal

18 Monate Haft – ohne, dass ein Straftat begangenen wurde? Genau das ist nach bundesdeutschem Recht im Rahmen der Abschiebungshaft nach wie vor möglich: Für die betroffenen Flüchtlinge, die oft einer für sie bedrohlich erscheinenden Zukunft entgegen sehen, bedeutet dies ein oft monatelanges perspektivloses Dahinfristen in Haft, ohne zu wissen, ob und wann sie abgeschoben oder entlassen werden. „Bremen geht zwar bereits heute einen anderen Weg und hat sowohl die Dauer als auch die Anzahl der Menschen in Abschiebungshaft in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesenkt – aber wir müssen noch einen deutlichen Schritt weiter gehen: Menschen, die nichts verbrochen haben, dürfen nicht eingesperrt werden“, betont der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Sükrü Senkal. Gemeinsam mit dem grünen Koalitionspartner fordert die SPD daher eine Änderung der Regelungen. So soll Abschiebungshaft nur noch – und maximal für einen Monat – angeordnet werden dürfen, wenn zu befürchten ist, dass sich die Betroffenen zum wiederholten Mal der Abschiebung entziehen könnten und ansonsten keine milderen Maßnahmen zur Verfügung stehen. Bei Minderjährigen, Schwangeren, Müttern mit Neugeborenen, Alleinerziehenden, die sich um ein Kind kümmern sowie psychisch kranken, behinderten und älteren Menschen soll generell keine Abschiebungshaft mehr angeordnet werden dürfen. „Bis es in diesem Sinne zu bundesweiten Regelungen kommt, sollen die entsprechenden Regelungen hier in Bremen per Erlass umgesetzt werden“, sagt Senkal und betont: „Abschiebehaft darf nur das allerletzte Mittel sein!“

+++ Hürden für ausländische Absolventen und Fachkräfte senken +++



Elombo Bolayela

„Bremen braucht alle Köpfe“ – unter diesem Motto hat der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Elombo Bolayela eine Initiative angestoßen, um die Perspektiven für ausländische Absolventen deutscher Hochschulen zu verbessern. „Auch weil die ausländischen Studenten oft Vorbilder für viele junge Leute mit Migrationshintergrund sind: Sie stellen unter Beweis, dass man trotz kultureller Unterschiede, höhere Abschlüsse schaffen kann“, sagt Bolayela. Erste Schritte in die richtige Richtung sieht er in der ab August geltenden Neuregelung zur sogenannten Blue Card, mit der gezielt ausländische Fachkräfte angeworben werden sollen. Unter anderem sollen ausländische Absolventen dadurch künftig 18 statt bisher nur 12 Monate Zeit haben, um eine Stelle zu finden. „Ich hätte mir eine Verlängerung auf zwei Jahre Zeit gewünscht. Aber die Richtung stimmt“, sagt Bolayela. Auch das die bisher geltende Einkommensschwelle auf 45.000 Euro, beziehungsweise 35.000 Euro in so genannten Mangelberufen – dazu zählen etwa Mediziner, Ingenieure und IT-Spezialisten – gesenkt werden soll, sei ein Vorteil. „Bislang lag die Latte bei 66.000 Euro jährlich. Das zu erreichen war für Berufsanfänger oft illusorisch.“ Gleichzeitig warnt Bolayela allerdings vor einem Missbrauch der niedrigeren Hürden: „Wir müssen aufpassen, dass es dadurch nicht zu einem Lohndumping unter Akademikern kommt, indem Unternehmen die Blue-Card nutzen, um das Gehaltsniveau generell zu drücken.“

**+++Familiennachzug erleichtern+++**



Mehmet Ali Seyrek & Sükrü Senkal.

Seit 2007 müssen Eheleute die aus sogenannten Drittstaaten zu ihrem nichtdeutschen Partner nach Deutschland ziehen wollen, vor der Einreise nachweisen, dass sie über Deutschkenntnisse verfügen. Gedacht war die Regelung ursprünglich um Zwangsehen zu verhindern – letztlich aber hat sie vor allem eine Folge: „In erster Linie erschwert sie die Familienzusammenführung, ohne das eigentliche Ziel zu erreichen“, sind sich der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal, und sein Fraktionskollege Mehmet Ali Seyrek sicher. Denn von den gegenwärtigen Regelungen seien von vornherein nicht nur Menschen aus Ländern, in denen das menschenrechtsverletzenden Phänomen der Zwangsehe besteht, sondern alle visumpflichtigen Familien aus nicht-EU-Ländern betroffen. „Die Vorschrift trifft vor allem diejenigen, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens gar nicht in der Lage sind entsprechende Sprach-Kurse zu besuchen“, sagt Seyrek. Zudem würde Familien aus Krisen- und Kriegsgebieten beinahe generell ein gemeinsames Leben verwehrt: „Weil es dort, genauso wie in vielen ländlichen Regionen oft überhaupt keine Möglichkeit gibt, Deutsch zu lernen, haben die Betroffenen im Prinzip keine Chance mit ihren Partnern in Deutschland zusammenzuleben“, sagt Senkal und ergänzt: „Dieses Prozedere steht auch in klarem Widerspruch zu entsprechenden Richtlinien des Europarates.“ Und außerdem lasse sich bis heute nicht nachweisen, dass durch die Regelung tatsächlich Zwangsehen in entscheidendem Maße verhindert werden. „Natürlich ist die Kenntnis der deutschen Sprache wichtig – aber es gibt keinen plausiblen Grund dafür, warum der Spracherwerb nicht auch nach der Einreise stattfinden kann“, sind sich Senkal und Seyrek einig.

**+++ Partizipation und Integration +++**



Valentina Tuchel

Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sollen die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erhalten – dies ist der Hintergrund des Bremer „Entwicklungsplans Partizipation und Integration“. Aufgrund eines Antrags von SPD und Grünen sollen nun die Schritte auf dem Weg dorthin überprüfbarer und durch weitere Schwerpunkte ergänzt werden: „Es lässt sich von vielen persönlichen Erfolgsgeschichten im Integrationsbereich berichten, aber es gibt nach wie vor Defizite“, erläutert die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Valentina Tuchel, den Hintergrund des gemeinsamen Antrages. So seien Migrantinnen und Migranten beispielsweise bei den Schulabgängern ohne Abschluss nach wie vor überrepräsentiert, während ihr Anteil im öffentlichen Dienst, in den Hochschulen oder in den Führungsetagen von Unternehmen weit unter dem Durchschnitt liege. Tuchel: „Der Entwicklungsplan bildet eine gute Grundlage, um auch diese Situation zu ändern.“ Zu wichtigen Vorhaben der nächsten Jahre zählten dabei etwa die erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse und die Ausweitung des Wahlrechts. „Dies und auch die Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit ausländischen Wurzeln in der öffentlichen Verwaltung, sind Maßnahmen, die sich direkt staatlich steuern lassen“, betont Tuchel.

**+++ Leichtere Einbürgerung von Kindern und Jugendlichen +++**



Sükrü Senkal

Viele Kinder und Jugendliche, deren Eltern als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, sind mittlerweile in Bremen integriert: Sie sprechen gut Deutsch, besuchen Bremer Schulen, möchten gern ihre Ausbildung in Bremen machen oder nach dem Schulabschluss studieren. Sie fühlen und begreifen sich als Bremer. Aber selbst, wenn diese Kinder und Jugendlichen oft erst nach langer Zeit eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, dauert es wiederum Jahre bis sie die Möglichkeit bekommen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten – selbst wenn sie in Deutschland geboren wurden und nie in einem anderen Land gelebt haben. „Wir haben daher in der Bürgerschaft beschlossen, Kinder und Jugendliche leichter einzubürgern und dabei alle rechtlichen Spielräume auszuschöpfen“, so der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Sükrü Senkal. Ein erster Entwurf für einen entsprechenden Erlass des Innenressorts, sah diese erleichterte Einbürgerung allerdings erst für Jugendliche ab 16 Jahren vor. „Das hat uns nicht ausgereicht, deswegen haben wir um Überarbeitung der Vorlage gebeten“, berichtet Senkal. Gegenwärtig wird sie vom Innenressort im Sinne des Bürgerschaftsbeschlusses ergänzt und auch auf Kinder ausgeweitet – „genau wie es übrigens auch die EU-Kinderrechtskonvention vorsieht“, erklärt Senkal.

**+++ Humane Flüchtlingspolitik stärken: Gemeinschaftsunterkünfte auflösen! +++**

Im Lande Bremen gibt es aktuell noch rund 500 Plätze in Übergangwohnheimen. Die Situation in den Unterkünften ist für viele Bewohnerinnen und Bewohner psychisch und physisch enorm belastend. Wir wollen deshalb die Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften abschaffen“, so der innenpolitische Sprecher der SPD, Sükrü Senkal. In Bremen konnten Flüchtlinge bis 2010 erst nach drei Jahren eine eigene Wohnung beantragen. „Rot-Grün hat dies in der vergangenen Legislaturperiode für die Stadtgemeinde Bremen bereits auf 12 Monate verkürzt; in Bremerhaven beträgt die Mindestaufenthaltsdauer 24 Monate.“ Jetzt soll unter der Zielsetzung „Weg von den Wohnheimen, hin zu einer Unterbringung in Wohnungen“ ein neues Konzept erarbeitet werden. Die Flüchtlinge sollen dabei in der Regel nicht länger als drei Monate in der Erstunterbringung bleiben müssen. „Die bisherige Praxis ist schlicht inakzeptabel. Deshalb wollen und müssen wir sie ändern“, so Senkals Fazit. Der erste Schritt dazu ist getan: Der entsprechende Antrag von SPD und Grünen wurde in der Bürgerschaft beschlossen, so dass nun gemeinsam mit Bremer Akteurinnen und Akteuren im Flüchtlingsbereich das neue Konzept abgestimmt werden kann.

**+++ Transparenz in unserer politischen Arbeit +++**



Haben Sie inhaltliche Anmerkungen, Ideen oder einen Gesprächswunsch? Sprechen Sie mich gerne an.

**Valentina Tuchel**, *integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion*

Kurt-Schumacher-Allee 1c  
28329 Bremen

E-Mail: [v.tuchel@gmx.de](mailto:v.tuchel@gmx.de)  
Mobil: 0176 - 283 626 31